

Englands Industrie-Probleme und die Gewerkschaften

Autor(en): **Bieligk, F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **41 (1949)**

Heft 2

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353377>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dr. Vetterli aus dem Bericht des Bundesrates zum Postulat Lachenal/Vodoz in einem Nachwort feststellen kann, dass nicht nur der Kreis der den sozialen Kleinkredit tätigen Banken sich in letzter Zeit wesentlich vermehrte, sondern auch die Geschäftsförm, zum Beispiel durch Aufnahme der Ehestandsdarlehen durch die Zürcher Kantonalbank, sich ausweitete. Es erscheint uns als richtig, dass — wie dies wiederholt zu konstatieren ist — gerade die Gewerkschaften durch das Studium der Schaffung von Darlehenseinrichtungen in ihren Organisationen und die Vertreter der Arbeiterschaft in den Behörden der einzelnen Bankinstitute dieser Frage vermehrte Aufmerksamkeit schenken und sich für eine möglichst umfassende Lösung einsetzen.

Dr. A. Schnurrenberger, Basel.

Englands Industrie-Probleme und die Gewerkschaften

Das Defizit der Zahlungsbilanz

Die primäre Aufgabe der englischen Wirtschaftspolitik im laufenden und in den nächsten Jahren ist, den Ausgleich der Zahlungsbilanz mit dem Ausland wieder herzustellen. Für ein Land, das, wie England, in so hohem Masse auf die Einfuhr nicht nur von entbehrlichen, sondern von unentbehrlichen Nahrungs- und Genussmitteln für seine Bevölkerung und von Rohstoffen für seine Industrie angewiesen ist, ist kein anderer Weg offen, als seiner Einfuhr eine entsprechende Warenausfuhr gegenüberzustellen. Die Zeiten, in denen England eine Alternative gegeben war, sind dahin. Damals, als England noch der Kreditgeber der Welt war, brachten ihm die an das Ausland gegebenen Anleihen und andere Guthaben jährlich einige hundert Millionen Pfund Sterling ein, und ein Teil von diesen Einnahmen genügte, um das Defizit in seinem Aussenhandel zu decken. Heute verfügt es nur noch über einen Bruchteil dieser ehemaligen Auslandsguthaben und ist selber zu einem Schuldnerland geworden. Die Einnahmen aus seinen Kapitalinvestierungen sind demzufolge stark zusammengeschrumpft, während in den nächsten Jahren der Zinsendienst für die ausländischen Schulden beträchtlich zunehmen wird. So bleibt ihm keine andere Wahl: es muss die unbedingt benötigten industriellen Rohstoffe und das Brotgetreide, Fleisch, die Butter und die Eier mit einer grösseren Warenausfuhr bezahlen, als es das in den Jahren vor dem Kriege tun musste.

Soweit die englische Handelsbilanz in Betracht kommt, hat sie seit 1913 fast immer ein Defizit aufzuweisen gehabt. Aber dank des Ueberschusses, den andere Posten der internationalen Zahlungs-

bilanz brachten, schloss der Verkehr Englands mit der Welt während der meisten Jahre in dieser Periode bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mit einem Ueberschuss ab. Im Jahre 1947 jedoch ergab die Zahlungsbilanz ein Defizit von 630 Millionen Pfund Sterling; das ist mehr als die gesamten Dollar- und Goldreserven der Bank von England! Aber so hoch auch der Fehlbetrag ist, so würde er doch um beinahe das Doppelte höher geworden sein, hätte die Regierung nicht rechtzeitig weitgehende Einfuhrbeschränkungen verfügt und die Hauptanstrengungen der Wirtschaft auf die Warenausfuhr dirigiert. Durch Verminderung der Einfuhr und durch eine Erhöhung der Ausfuhr gelang es, den Fehlbetrag herabzudrücken. Würden im Jahre 1947 beide Posten des englischen Aussenhandels den gleichen Umfang aufgewiesen haben wie im Jahre 1938, so würde das Defizit 1200 Millionen Pfund Sterling betragen haben.

England muss den Ausgleich erreichen. Es kann das nicht tun, indem es etwa jährlich neue Anleihen in Höhe der Defizite aufnimmt. So beträchtliche Anleihen, wie sie hier in Frage stehen, kann heute nur ein Land geben: die Vereinigten Staaten. Und sie würden dazu kaum Jahre hindurch bereit sein, wenn Englands eigene Anstrengungen, seine Zahlungsbilanz in Ordnung zu bringen, erfolglos blieben. Ausserdem aber ist es eine der dringendsten Aufgaben der englischen Wirtschaftspolitik, die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, die infolge des Krieges so stark zugenommen hat, so weit als möglich zu beseitigen. Neue Anleihen bei Amerika würden aber zu grösserer Abhängigkeit als bisher führen.

Leistungsfähige Industrie und Produktionssteigerung

Darin liegt die Begründung für die intensive Exportkampagne, in die unter der Leitung des Schatzkanzlers der Arbeiterregierung, Sir Stafford Cripps, die gesamte englische Wirtschaft einbezogen ist. Cripps wird gelegentlich als der englische «Wirtschaftsdiktator» bezeichnet; er ist natürlich kein Diktator. Im Gegenteil: bei seinen Anstrengungen, die gesamte Wirtschaft, einschliesslich aller Menschen, die in ihr beschäftigt sind, für einen aktiven Einsatz zur Erreichung des Zieles bereitzumachen, hält er sich streng an demokratische Methoden. Das verlangsamt unzweifelhaft den Erfolg; aber es ist zu hoffen, dass er dann um so mehr andauern wird. Bei der gegebenen englischen Wirtschaftsstruktur kann der Erfolg jedoch nur gesichert werden, wenn die Industrie auf den Stand grösster Leistungsfähigkeit gebracht wird. Sie muss die erforderliche Menge von Waren produzieren, um die hohe Ausfuhr zu ermöglichen und um gleichzeitig auch den inländischen Markt mit dem Notwendigen zu versehen.

Aber das Produzieren ist es nicht allein, worauf es ankommt. Die Waren müssen sowohl in bezug auf die Qualität als auch auf den Preis wettbewerbsfähig mit den Waren aus anderen Ländern sein. Im ersten Jahr nach dem Krieg und vielleicht auch noch einige Monate länger war beides nicht so entscheidend für den Erfolg. Der Warenhunger der Welt, vor allem der vom Kriege heimgesuchten Länder, war so riesig, dass zunächst alles aufgenommen wurde, was auf den Markt kam. Auch in England schossen neue industrielle Unternehmungen aus der Erde, deren Besitzer nur darauf aus waren, diese nie wiederkehrende Gelegenheit zu ihrem privaten Vorteil auszunützen. Diese Periode ist nun vorüber, und unter dem Druck ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind die meisten Staaten heute gezwungen, die Wareneinfuhr zu kontrollieren und zu beschränken. Um unter diesen Umständen erfolgreich zu sein, muss die Leistungsfähigkeit der Ausfuhrindustrien weiter ausgebaut werden.

Dass England die Geburtsstätte des modernen Industriekapitalismus war, hat im vergangenen Jahrhundert viel zu seiner Macht, zu seiner Grösse und zu seinem Reichtum, gleichzeitig aber auch zu der Armut und der Not von Millionen seiner arbeitenden Menschen beigetragen. Die heutige Generation bekommt mehr die Nachteile des alternden privatkapitalistischen Industrieapparates zu spüren. So ist zweifellos die technische Ausrüstung der Industrien, die Organisation der Betriebe und der Arbeitsprozesse in jüngeren Industrieländern besser als in England. Zahlreiche Untersuchungen sind im Laufe der Jahre über die Produktivität in den verschiedenen Industrien und in den verschiedenen Ländern durchgeführt worden. Obwohl allen Arbeiten dieser Art gewisse Mängel anhaften und ihre Ergebnisse oft nur mit Vorsicht aufgenommen werden sollten, so stimmen sie nahezu alle in bezug auf eine Feststellung überein: Die Produktivität einiger Hauptindustrien ist in England niedriger als zum Beispiel in den Vereinigten Staaten und in Deutschland.

Eine derartige Untersuchung, die während des Krieges in England vom National Institute of Social and Economic Research vorgenommen wurde, ergab, dass kurz vor dem Kriege die industrielle Produktivität pro Arbeiter in England etwas geringer war als in Deutschland, aber beträchtlich niedriger als in den Vereinigten Staaten. Diese Untersuchung ergab den Durchschnittsindex für die Produktivität der gesamten Industrie für England mit 100, für Deutschland mit 109 und für Amerika mit 227. Die folgende Tabelle gibt die vergleichenden Indexziffern für die Produktivität pro Arbeiter in verschiedenen Industrien in England, Deutschland und in den Vereinigten Staaten:

	England	Deutschland	Vereinigte Staaten
Kohlenbergbau	100	143	263
Kokserzeugung	100	152	221
Eisen- und Stahl-Hüttenindustrie	100	115	361
Eisen- und Stahlwarenindustrie .	100	95	400
Maschinenindustrie	100	110	280
Automobilindustrie	100	98	419
Radioindustrie	100	70	482
Baumwollspinnerei	100	120	120
Wollweberei	100	68	130

Dieser Vergleich, der sich auf die Jahre 1935 bis 1937 bezieht, zeigt also starke Unterschiede in der Produktivität pro Arbeiter. Besonders auffallend ist, dass neben der englischen Automobil- und Radioindustrie der englische Kohlenbergbau und die englische Stahlindustrie am ungünstigsten dastehen. Auch bei Berücksichtigung aller anderen Faktoren ist man doch zu der Feststellung berechtigt, dass die privatkapitalistische Misswirtschaft, die die Profite in die Taschen der Profiteure leitete, statt sie für den Ausbau und für die Erneuerung der Industrie zu verwenden, die Produktivität schwer beeinträchtigt hat. Die Folgen davon wirken gegenwärtig noch fort und machen sich heute um so stärker fühlbar, als die damals — und dann auch während des Krieges — unterbliebenen Investitionen jetzt nicht in dem erforderlichen Umfange nachgeholt werden können.

Es ist dies eines der ernstesten industriellen Probleme, denen England heute gegenübersteht. Mit einem Produktionsapparat, der den modernen Ansprüchen in bezug auf technische Ausrüstung schon in den Jahren vor dem Kriege nicht mehr gerecht wurde, soll eine so beträchtliche Produktionssteigerung zustande gebracht werden, dass bis zum Jahresende 1948 die Warenausfuhr um etwa 60 Prozent über 1938 erreicht und ausserdem in wachsendem Masse auch der Inlandsmarkt mit allen Waren des täglichen Bedarfs versorgt wird. Darum die wiederholten eindringlichen Mahnungen des Premierministers Attlee, des Lordpräsidenten Morrison und des Schatzkanzlers Cripps, mehr und mehr zu produzieren.

Höhere Produktion — nicht schärfere Ausbeutung

Die englischen Industriellen haben darunter nichts anderes verstanden, als dass die Arbeiter mehr und länger und möglichst auch billiger arbeiten sollen. Sie sahen über das, was von ihrer Seite zu kommen hat, glatt hinweg und begannen, die gegenwärtige Länge der wöchentlichen Arbeitsstunden zu attackieren. Sie finden sie zu kurz, obwohl die wöchentlich geleistete Durchschnittsarbeitszeit

der englischen Arbeiter noch immer 46 Stunden beträgt. Sie machten Andeutungen, Taylor- und Bedaux-Methoden erneut einzuführen, und denunzierten die Gewerkschaften — in den meisten Fällen völlig unberechtigt —, dass sie ihre Mitglieder zum Zurückhalten mit ihrer Arbeitskraft aufforderten und dadurch die Produktivität herabdrückten. Sie dachten auch an Lohnreduzierungen, denn ein anderes Mittel zur Senkung der Produktionskosten kommt den meisten ihrer Führer überhaupt nicht in den Kopf. Und damit von den Industriellen-Rezepten für die Produktions- und Exportsteigerung keines fehle, würden sie gern eine Herabsetzung der Arbeiterferien und eine Beschränkung der sozialen Ausgaben des Staates — die doch « die Wirtschaft so sehr belasten » — sehen. Dazu machten sie obendrein noch gelegentlich den Versuch, es so darzustellen, dass *das* die Mittel seien, die die Arbeiterregierung bei ihrer Kampagne für höhere Produktion und höheren Export im Auge habe!

Die Führung des Englischen Gewerkschaftsbundes hat von Anfang an die Wirtschaftspolitik der Regierung unterstützt, Millionen englischer Arbeiter leisten seit mehr als Jahresfrist Ueberstunden- und Wochenendarbeit. Sie haben eingewilligt, von allgemeinen Lohnforderungen abzusehen, wenn gleichzeitig die Profite und Dividenden eine Herabsetzung erfahren und die Preise nicht weiter steigen. Die Gewerkschaften haben auch von Anfang an ihre Bereitschaft bekundet, an dem Auf- und Ausbau der Industrien mitzuarbeiten. Sie treten für eine intelligente Ausnützung der Produktionskapazität der gegenwärtig vorhandenen Maschinen ein. Es ist festgestellt worden, dass Unternehmungen, die bereits dazu übergegangen sind, zum Teil überraschende Erfolge haben. Sie haben den gesamten Arbeitsprozess untersucht, die Organisation der Betriebe überholt, das Lohnsystem mit Zustimmung ihrer Arbeiter neu geregelt. Dadurch und durch eine bessere Zusammenarbeit von Betriebsleitung und Arbeiterschaft konnte die Produktion beträchtlich erhöht werden; in manchen Fällen bis zu 20 und 30 Prozent. Es liegt darum für die Gewerkschaften kein Anlass vor, sich für die Anwendung von Methoden zu erklären, die zu einer verschärften Ausbeutung der Arbeiter führen und dem privatkapitalistischen Unternehmertum höhere Profite bringen, die aber kaum den von der Regierung erwarteten Erfolg auf lange Sicht haben würden. Auf dem jüngsten Gewerkschaftskongress hat ihnen der Sprecher der Regierung, Schatzkanzler Cripps, bestätigt — wenn es bestätigt zu werden brauchte —, dass die Regierung andere Wege zum Erfolg kennt als die Industriellen. Er hat es ganz klar gesagt, dass er eher für die Einführung von neuen Arbeitsmethoden und von neuen Maschinen ist als für die Verlängerung der Arbeitszeit. Er hat da an den Gebrauch des Gehirns appelliert, um durch

die Beseitigung überlebter Regeln und Bestimmungen, die die Produktion hemmen, eine Produktionssteigerung zu erreichen. Er wandte sich dabei an beide Seiten der Industrie.

Die Gewerkschaften machen alle Anstrengungen, um diesem Appell den Erfolg zu sichern. Das Organ des TUC, « Labour », wandte sich in seiner Augustnummer an eine Minderheit in den Gewerkschaften und betonte dabei, dass infolge der bisher von den Industriellen angewendeten Methoden in der Arbeiterschaft « Misstrauen und Argwohn von mehr als einer Generation zu überwinden » seien. « Es ist jedoch jetzt ein neuer Faktor in der Situation », fuhr « Labour » fort, « und das ist die Politik der Vollbeschäftigung. Die Vollbeschäftigung wird nicht zu einem vollen Erfolg für die Nation werden, solange die Arbeiterschaft nicht an sie glaubt und nicht bereit ist, Risiken zu übernehmen, um ihren Erfolg zu sichern. Wenn sie während der Periode der Vollbeschäftigung dauernd über ihre Schultern nach rückwärts auf die Krisenjahre von 1931 bis 1938 sieht und entschlossen ist, zu nichts ihre Zustimmung zu geben, das die Arbeitsregeln, die mit Hilfe der Gewerkschaften durchgesetzt wurden, um deren Mitglieder in Krisenzeiten zu schützen, aufhebt, dann ist es klar, dass die Vollbeschäftigung niemals zu einem Dauerzustand in unserer Wirtschaft werden wird. Wenn in dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Notstand unsere Mitglieder nicht darauf vorbereitet sind, Risiken zu übernehmen, dann ist der Ausblick trübe. » Im Organ des Verbandes der englischen Industriellen ist den Mitgliedern bisher nicht in dieser Form ins Gewissen geredet worden, obwohl die Veranlassung dazu schon längst gegeben ist. Von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist es schliesslich doch nur eine Minderheit, die aus Besorgnis, dass die alten schlimmen Krisenzeiten nicht für immer überwunden sind, nicht alle früher erreichten Schutzbestimmungen aufgeben will.

Industriellenwiderstand gegen Produktionskomitees

Dieses Misstrauen, das die Gewerkschaftsführung so entschieden bekämpft, wird aber durch das Verhalten der Industriellen immer wieder von neuem genährt. Sie demonstrieren, so oft sie dazu Gelegenheit haben, dass sich nach ihrer Auffassung an dem halbabsolutistischen Verhältnis zwischen der Unternehmungs- und Betriebsleitung und der Arbeiterschaft nichts zu ändern habe. Jeder Versuch, einen Schritt vorwärts in der Richtung zur Demokratisierung der Wirtschaft zu machen, stösst auf ihren heftigen Widerstand. In der Ueberzeugung, dass in einem demokratischen Lande die volle Untestützung der Arbeiter nur gesichert werden kann, wenn sie selber genügend für ihre Industrie interessiert werden,

laufende Information über ihre Entwicklung erhalten und selbst als Mitberater und Mitbegutachter zu ihrem Ausbau herangezogen werden, insbesondere wenn es sich um die Einführung neuer Produktionsmethoden handelt, hat die Regierung im vorigen Jahre das Parlament ein « Gesetz über die Organisation und Entwicklung der Industrie » beschliessen lassen. Dieses sieht die Errichtung von gemeinsamen Produktionsräten für alle Industrien vor. Bisher bestand schon ein beratendes Landeskomitee, das paritätisch von den Vertretern des Gewerkschaftsbundes und dem Vorstand des Verbandes der englischen Industrie zusammengesetzt ist und das unter dem Vorsitz des Schatzkanzlers tagt. Das Gesetz, das nun über ein Jahr alt ist, umschreibt als Aufgaben dieser zentralen Industrie-Produktionsräte: die Förderung von wissenschaftlichen Untersuchungen in der Industrie, die Förderung des Exports, das Anlernen und die Weiterausbildung von Arbeitern und von solchen Personen, die in die Industrie eintreten wollen; und schliesslich die Entdeckung und Entwicklung neuer Produktionsmethoden, die Erfindung besserer Werkzeuge und die Verbesserung der technischen Ausrüstung der Betriebe und der Produkte.

Während der Gewerkschaftsbund und — mit vereinzelten Ausnahmen — auch die Gewerkschaftsverbände sich mit Energie für die Durchführung des Gesetzes einsetzen, machen ihr die Industriellen die grössten Schwierigkeiten. Der Pressedienst der TUC schrieb kürzlich, dass es noch immer Unternehmer gibt, die unwillig sind, die Tür mit dem Schild « Betriebsleitung » für die Arbeiter zu öffnen, weil sie denken, dass diese für die technischen Aufgaben der Betriebsleitung nur völlig ungenügende Kenntnisse besitzen. Infolge des Verhaltens der Industriellen konnte bisher nur in einer einzigen Industrie ein paritätisch zusammengesetzter Produktionsrat gebildet werden. Da die Regierung nun auch hier wieder dem Zwang des Gesetzes die freiwillige Bereitschaft der Beteiligten vorzieht, haben sich die Industriellen- und Gewerkschaftsvertreter im Beratenden Landeskomitee auf neue Vorschläge an die Industrie geeinigt. Darnach soll eine gemeinsame Beratungskörperschaft — die Bezeichnung « Produktionsrat » wird vermieden — errichtet werden, um einen regelmässigen Austausch der Auffassungen von Unternehmern und Arbeitern über Produktionsfragen herbeizuführen, unter der Voraussetzung, dass eine solche Körperschaft freiwilligen und nur beratenden Charakter hat; dass sie sich nicht mit Fragen beschäftigt, die sich auf das Arbeitsverhältnis und die Arbeitsbedingungen beziehen; und dass es jeder Industrie überlassen bleibt, die Form zu finden, die ihren besonderen Umständen am besten entspricht.

Regierung und Gewerkschaften legen grossen Wert darauf, dass die gemeinsamen Produktionsräte nicht nur für die Spitze der

Industrien errichtet werden, sondern nach Möglichkeit in jedem Betrieb, um den Arbeiter an seinem Arbeitsplatz seinen Wert und seine Verantwortung voll spüren zu lassen.

Die nationalisierten Industrien

Die Frage der Einbeziehung der Arbeiter in die Verantwortung und in die Leitung der Produktion besteht auch für die nationalisierten Industrien. Im Kohlenbergbau, in der Gas- und in der Elektrizitätsindustrie arbeitet die neue Leitung auch in bezug auf den Ausbau der Produktion mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammen. Immerhin bleiben noch manche Wünsche der Arbeiter offen, und die endgültige Form wird erst aus den gesammelten Erfahrungen hervorzunehmen sein. Die Auffassung des TUC wurde in « Labour » so ausgedrückt: « Wir stehen hier erst am Anfang, nicht am Ende einer Serie von ausserordentlich komplizierten Experimenten, die den Beginn eines neuen Abschnittes in der Evolution der englischen Industrie bedeuten... Industrie- und Betriebsführung bestehen aus einer Reihe von komplizierten technischen Prozessen, die genau soviel Schulung und Erfahrung benötigen wie jeder andere Beruf oder Handwerker. Der Generalrat anerkennt, dass die Nationalisierung den Gewerkschaften in dieser Richtung eine erhöhte Verantwortlichkeit auferlegt hat... Wenn die nationalisierten Industrien ihren vollen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes haben sollen, so müssen die Vertreter der Arbeiter dieser Industrien geschult werden, damit sie ihren Teil an der Verantwortung für die tägliche Arbeit der einzelnen Unternehmungen übernehmen können. Das wird eines der interessantesten und fruchtbarsten Betätigungsfelder in der Entwicklung der Gewerkschaften im gegenwärtigen Jahrhundert werden. »

« Revolutionierung des 19.-Jahrhundert-Trade-Unionismus »

Diesen neuen und grösseren Aufgaben der Gewerkschaften finden auch in der Arbeiterpartei volle Anerkennung. E. Shinwell, der für die Parteileitung auf dem letzten Gewerkschaftskongress sprach, erklärte, dass Nationalisierung ohne Demokratie nicht Sozialismus sei. « Wir können nicht behaupten », fügte er hinzu, « eine Industrie oder den Verkehr sozialisiert zu haben, wenn nicht die Grundsätze der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie in ihrer täglichen Arbeit verwirklicht werden. » Herbert Morrison sprach auf einer Konferenz der Londoner Gewerkschaftsvertreter von einer « Revolution des 19.-Jahrhundert-Trade-Unionismus ». Die Gewerkschaften haben in der neuen sozialen Ordnung Funktionen bekommen, von denen sie nie vorher geträumt haben. Sie nehmen aktives Interesse an der Erhöhung der Produktion, und

um dieses Interesse wirksam zu machen, fordern sie mit starkem Nachdruck eine grössere Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Industrie. Um ein besseres Verständnis der Leitung der Industrie für das, was die Arbeiterschaft benötigt, zu erreichen, ist eine stärkere Heranziehung der wissenschaftlich geschulten Kräfte, der Industriesachverständigen und anderer Spezialisten notwendig. Die Gewerkschafter müssen Sachverständige in Produktionsfragen werden, um ungenügende Leistungen vorwärtszudrängen, ob in der privaten oder in der nationalisierten Industrie. »

Der Generalrat des TUC hat Vorbereitungen für eine umfassende Schulungs- und Erziehungsarbeit getroffen, die teils selbständig von den Gewerkschaften, teils im Zusammenwirken mit Universitäten und mit privaten und halboffiziellen Instituten geleistet werden wird, die sich mit wissenschaftlichen Untersuchungen der Industrie und der Produktion beschäftigen. Durch sie soll die Arbeiterschaft befähigt werden, der Industrie nicht nur zu ermöglichen, die von dem gegenwärtigen Notstand diktierte Produktionserhöhung auszuführen, sondern dass sie, selbst wenn grosse Teile von ihr noch für längere Jahre in Privatbesitz bleiben, mit wesentlich gesteigerter Leistungsfähigkeit für die Interessen der Gesamtnation arbeiten und so ihren Beitrag zum Aufbau eines neuen Englands leisten kann.

F. Bieligh, London.

Buchbesprechungen

Dr. H. Zimmermann. Sozialpolitische Ideen im schweiz. Freisinn 1914—1945.

Der Verfasser legt dar, wie schwer es der Partei im Hinblick auf ihre heterogene Zusammensetzung in den letzten Jahrzehnten geworden ist, sich in Fragen der Sozialpolitik des modernen Wohlfahrtsstaates zu Entschlüssen durchzuringen und gibt offen zu, dass es in keiner andern Partei solche parteiinterne Diskussionen in diesen Fragen geben kann. Er bespricht vier «Unterarten» dieser freisinnigen Sozialpolitik, diejenige der industriellen Arbeiterschaft, diejenige der Angestellten, dann diejenige des selbständig erwerbenden Mittelstandes und endlich diejenige des Unternehmertums. Wenn diese Zweige nach dem Interesse geordnet werden sollten, das die Partei ihnen gewidmet hat, müssten sie aber eher in umgekehrter Reihenfolge aufgezählt werden. *Dr. A. B.*

«*Monats-Spiegel*». Buchdruckerei und Verlag Feuz, Bern, Länggäßstrasse 76. Erscheint monatlich. Taschenformat. Preis Fr. 1.50.

Ein neuer «Reader's Digest», diesmal schweizerischer Prägung? Nein, nicht ganz. Um es gleich zu sagen: Dieser «*Monats-Spiegel*» ist uns viel sympathischer als der amerikanische «*Verdauer*», der sich anmasst, für uns aus dem grossen «Festtagskuchen» der Weltliteratur vermeintliche Rosinen herauszuklauben. Nichts dergleichen beim «*Monats-Spiegel*». In drucktechnisch sauberer Aufmachung und aufgelockert durch schöne Photos und originelle Zeichnungen, bietet er eine reiche Fülle teils unterhaltender, teils belehrender Artikel und